



Friedenszentrum Braunschweig e. V.

Goslarsche Str. 93

D-38118 Braunschweig

T: 49-(0)531-893033 T+F-351147

E: friedenszentrum@arcor.de

Kto 123 87-305 PB Han (250 100 30)

27.12.08

Rundbrief 1-09

Einladung zur Mitgliederversammlung

am Samstag, **10. Januar 2009, 15 Uhr**, Praxis Barbara Kramer, Kastanienallee 21 / III:

Tagesordnungsvorschlag:

- 1 Wahl eines Verhandlungsleiters und Protokollführers
- 2 Protokolle vom 15.11.07 (BE Inge Gerlach) und 9.10.08 (BE Barbara Kramer)
- 3 Bericht des Vorstands
- 4 Bericht der KassenprüferInnen
- 5 Finanzplan 2009 (BE Helmut Weidemeier)
- 6 Projekte 2009
Young Approach (Jordanien)
Vortragsreihe KULTUR DES FRIEDENS
Vorhaben des Bündnisses zur Europawahl am 7.6.09 und zur Bundestagswahl am 27.9.09
AG Gedenkpunkte: Tafel für Ferdinandstr. 9
Kampagnen

7 Verschiedenes

für den Vorstand: Frieder Schöbel

Unser Mitglied Helmut Kramer schreibt zur Wehrmachtsjustiz:

63 Jahre nach Kriegsende wird im Deutschen Bundestag noch immer kontrovers darüber verhandelt, alle Opfer der Wehrmachtsjustiz zu rehabilitieren. Zwar sind, nach heftigen Auseinandersetzungen, die Urteile gegen die Wehrmacht-Deserteure und Wehrkraftzersetzer durch das Unrechtsaufhebungsgesetz von 2002 aufgehoben worden. Bewusst ausgeschlossen hat man damals aber die sog. Kriegsverräter. Seit 2006 liegt dem Bundestag ein erneuter Antrag auf Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/031/1603139>) vor.

Hingewiesen wird auch auf den Artikel von Wolfgang Wette „Die Verratenen“ in: DIE ZEIT Nr.

18/2008 vom 24.04.2008, Rubrik „Zeitläufe“: <http://www.zeit.de/2008/18/A-Kriegsverrat>

DEINE AKTION: Ein Appell an den Rechtsausschuss des Bundestages rechtsausschuss@bundestag.de

und auch an den Obmann der noch immer zögernden SPD-Bundestagsfraktion [Carl-](mailto:Carl-Christian.Dressel@bundestag.de)

Christian.Dressel@bundestag.de wäre förderlich.

Das im Jahre 2004 im Aufbau Verlag erschienene Buch von Wolfram Wette und Detlef Vogel "Das letzte Tabu. Kriegsverrat" ist jetzt auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung gegen die übliche Bereitstellungspauschale von 4,00 EUR erhältlich.

http://www.bpb.de/publikationen/TYJ6D5,0,0,Das_letzte_Tabu.html

Nützliche Nachrichten 11-12/2008: TÜRKEI

Leyla Zana ist erneut verurteilt worden: 1991 sagte sie als Abgeordnete vor der Großen Nationalversammlung bei ihrer Verteidigung auf Kurdisch: Sie werde sich dafür einsetzen, "dass das kurdische und das türkische Volk zusammen in einem demokratischen Rahmen leben können." Ankaras Antwort damals: 15 Jahre Gefängnis. Jetzt kommen noch einmal 10 Jahre dazu.

Andreas Buro schreibt:

Was für ein unglaublicher Affront gegen die EU und ihr Parlament, das Leyla Zana 1995 den Sacharow-Friedenspreis verliehen hatte! Der Beitritt der Türkei zur EU scheint für Ankara keinen hohen Stellenwert mehr zu haben. Wichtiger sind die Kommunalwahlen im März 2009. Die höchst populäre Leyla Zana, Hoffnungsträgerin für eine friedliche politische Lösung der Kurdenfrage, sollte voraussichtlich Spitzenkandidatin für die kurdische Partei in Diyarbakir werden. Das Urteil, das ihr neben der 10-jährigen Haftstrafe auch sämtliche politischen Rechte aberkennt, verhindert dies nun. Sie wurde wegen Werbung für die PKK verurteilt, obwohl sie weder Mitglied dieser Organisation ist noch die PKK in ihren Reden erwähnt hat. Sie hat aber ähnliche Forderungen für die Kurden erhoben: Erlernen der kurdischen Muttersprache in der Schule, freien Gebrauch der Sprache und Traditionen und sie hat sich auch für eine Autonomie der Kurden innerhalb der Türkei eingesetzt. Kriminell?

Offensichtlich hat sich in der Türkei eine große Koalition zwischen der Regierungspartei AKP, der Generalität und den nationalistisch kemalistischen Kräften, welche die Justiz immer noch dominieren, gebildet. Sie verweigert sich einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage. Leyla Zana ist eines der ersten prominenten Opfer. Wie viele werden noch folgen? Sollten sich jetzt nicht im Protest alle Kurden und liberalen Türken mit der Formel öffentlich solidarisieren, für die Leyla Zana seinerzeit verurteilt wurde?

Ulrike Dufner schreibt:

Im März wollte die Regierungspartei AKP der oppositionellen Republikanischen Volkspartei, der CHP, eigentlich deren Hochburgen abnehmen und zudem die kurdischen Großstädte für sich erobern. Aber anstelle jubelnder Massen empfingen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan auf seinen Reisen in den Südosten des Landes zuletzt brennende Barrikaden oder steinwerfende Jugendliche. Im günstigsten Fall stieß er auf gähnende Leere. Ihm ist schon lange klar, dass die Kommunalwahlen in den kurdischen Gebieten für seine Partei ein Fiasko werden. Einmal mehr zeigt sich dabei, dass die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK, mit militärischen Mitteln nicht zu bekämpfen ist ... Die nahezu täglichen Todesfälle auf Seiten der PKK und des Militärs heizen die Stimmung zusätzlich an.

Ein im Mai 2008 angekündigter "Aktionsplan für den Südosten" versprach einen wirtschaftlichen Aufschwung für die Region innerhalb der nächsten fünf Jahre. Aber an den Plan glaubt in den kurdischen Gebieten kaum noch jemand. Zu oft haben sich derartige Versprechen als Luftblase erwiesen. Erdogans jüngste auf die Kurden gezielte Äußerung - "entweder ihr liebt das Land oder ihr verlasst es" - und das von einem Staatsanwalt beantragte drakonische Strafmaß von 23 Jahren Haft für steineschmeißende Jugendliche kommentierten kurdische Intellektuelle so: Trennen könnten sich Kurden und Türken nicht, "aber zusammenleben können wir auch nicht".

Fälle von Folter haben 2008 dramatisch zugenommen, und das Militär geriert sich immer dreister als eigentliche Schaltstelle der Macht. Nicht umsonst fragte sich der renommierte Intellektuelle Baskin Oran: "Wer ist an der Regierung: Der Ministerpräsident oder der Generalstabschef?"

In den letzten eineinhalb Jahren erlebte die türkische Öffentlichkeit, wie die AKP-Regierung von den Militärs und der nationalistischen, kemalistischen Opposition in der Kopftuch- und Laizismusfrage in die Ecke gedrängt wurde. Nur mit äußerst knapper Mehrheit schrammte die AKP im türkischen Verfassungsgericht an einem Parteiverbot vorbei ... Zunehmend in die Ecke gedrängt, griff Ministerpräsident Erdogan zu repressiven Maßnahmen, etwa um die Presse- und Meinungsfreiheit einzuschränken. Jüngst rief er zum Boykott der Zeitungen und Fernsehkanäle des Medienmoguls Aydın Dogan auf.

Traurige Berühmtheit erlangt die Türkei mit dem Blockieren von Webseiten mit kritischen Inhalten. Am härtesten getroffen hat es die Tageszeitung „Taraf“ ... Die Redakteure wurden vom Generalstabschef unter Druck gesetzt: "Wer die Taten der separatistischen Terrororganisation ... als Erfolg darstellt, ist mitverantwortlich für jeden Tropfen Blut." Gerne wird neuerdings auch auf das

Mittel der Nachrichtensperre zurückgegriffen. Zu Untersuchungen von Polizeiübergriffen geben Gerichte schlicht keine Auskunft ...

Bedrückend ist das zunehmend harte Vorgehen der Sicherheitskräfte. Am 10. Oktober 2008 starb Engin Ceber an den Folgen der Folter in einer türkischen Haftanstalt. Er hatte regierungskritische Zeitschriften verteilt. Dass Cebers Schicksal kein Einzelfall ist, zeigen die Informationen der türkischen Menschenrechtsstiftung. Danach starben in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 31 Personen in türkischen Polizeistationen. Am 21. Oktober 2007, vier Tage nach der Zustimmung des Parlaments zu Militäroperationen im Nordirak, verübte die PKK einen Anschlag auf den militärischen Grenzposten in Daglica. Zwölf Soldaten kamen ums Leben. Knapp ein Jahr später, kurz vor Verlängerung des Parlamentsbeschlusses, fielen 17 junge Soldaten einem PKK-Anschlag auf den Militärposten in Aktütün zum Opfer. In beiden Fällen stellte „Taraf“ die Frage, ob das Militär die jungen Rekruten "geopfert" habe, um ein Klima des Hasses zu schüren.

Die Gewalt gegen Kurden hat insgesamt massiv zugenommen. Erste pogromartige Ausschreitungen wurden Anfang Oktober in Altinova nahe der ägäischen Touristenstadt Ayvalik verzeichnet. Ein alltäglicher Streit zwischen jungen Männern eskalierte zu mehrere Tage andauernden Übergriffen auf 60 kurdische Geschäfte und Wohnhäuser ... Die Polizei schritt zum Schutz der in Panik geratenen Bevölkerung nicht ein ...

Verteidigungsminister Vecdi Gönül wiederum fiel in Brüssel im November mit der Bemerkung auf, die Pogrome an der armenischen Bevölkerung (1915) und der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch (1923) seien für die "Entstehung der Türkischen Nation" gut gewesen. Damit propagierte er nicht nur eine ethnisch gesäuberte Gesellschaft als Grundlage für die Republik; er verteidigte auch Pogrome gegen ethnische und religiöse Minderheiten. Sind damit zukünftig auch die Kurden gemeint?

Die Politikwissenschaftlerin und Turkologin Ulrike Dufner leitet seit Januar 2004 das Türkei-Büro der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung in Istanbul. (SZ, 25.11.2008). Quelle: www.dialogkreis.de

Dialog-Kreis "Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im **Konflikt zwischen Türken und Kurden**", Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Spendenkonto: Dialog-Kreis 9152539, BLZ 370 501 98, Sparkasse Köln
Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Termine:

Laternenumzüge an den Samstagen **10. und 24. 01. 09** gegen den Atommüll in der ASSE. Beginn ist jeweils um 16.30 Uhr auf dem Kohlmarkt. Wer keine Laterne mitbringt, kann hier eine bekommen. Geplant ist eine kleine Runde durch die Innenstadt, die etwa eine Stunde dauern wird.

WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS,
Dienstag, 20.1.09, 19.30 h VHS Alte Waage 15:
Prof. Ahmet Toprak: „Islamische Erziehung“

WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS,
Dienstag, 17.2.09, 19.30 h VHS Alte Waage 15:
Joachim Weiner: Leistung - ein Leitbild in der heutigen Gesellschaft

WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS,
Dienstag, 17.3.09, 19.30 h VHS Alte Waage 15:
Prof. Elmar Altvater: Entschleunigung

Veranstalter der Vorträge:

Friedenszentrum e.V., Friedensbündnis, Volkshochschule GmbH

Mit den besten Wünschen für ein friedlicheres und gerechteres 2009
gez. Frieder Schöbel